



Betriebszeitung des
Gewerkschaftlichen Linksblocks
in der Gewerkschaft
der Gemeindebediensteten



Gemeinde-Forum

Ausgabe: 1/2007

Der **ÖGB** – Kongress

Reform – Reförmchen oder doch nur Kosmetik?

Im Schatten des ÖGB – Skandals fand der 16. ÖGB-Bundeskongress statt. Neustart und Reformen wurden versprochen, gehalten wurde wenig!

Von großen Neubeginn, struktureller Erneuerung wovon im vergangenen Sommer die Rede war, ist keine Spur mehr!

Die Verantwortung für die triste Situation nach dem BAWAG-Skandal wies Rudolf Hundstorfer Einzelnen zu, diese Meinung wurde jedoch von vielen nicht geteilt.

Es wurden nur einzelne Köpfe ausgetauscht, sonst bleibt alles beim Alten, die Spekulationen der BAWAG waren bekannt und wurden gebilligt, jetzt die Schuld auf Einzelne schieben sei zu einfach, war die Meinung vieler Gewerkschaftsfunktionäre.

Rudolf Hundstorfer wurde mit 84% zum neuen ÖGB-Präsidenten gewählt, ein mehr als dürftiges Ergebnis.



Dies zeigt, dass der neue ÖGB-Präsident auch innerhalb der Fraktion FSG nicht für alle der Wunsch kandidat war.

Mitbestimmung und Neustart ob dies unter Hundstorfer geschehen wird ist mehr als fraglich, einer Direktwahl des ÖGB-Präsidenten erteilte er eine klare Absage.

Ob so ein weiterer Mitgliederschwund verhindern werden kann wird sich weisen, denn mehr Mitsprache der Mitglieder wurde nicht umgesetzt.

Einen kleinen Skandal gab es am Rande, FCG – Kandidat Fritz Neugebauer wurde nicht in den ÖGB-Vorstand gewählt, dies war wohl die Reaktion der FSG-Funktionäre für seine kritische Haltung und Drohungen in den letzten Monaten, bzw. wegen seines Fernbleibens vom Kongress.

Das Resümee des ÖGB-Kongresses, viel wurde angekündigt, wenig bis gar nichts gehalten!



Roman Böhm-Raffay
Vorsitzender GDG/GLB

Was BA-CA-Vorstand Erich Hampel von den Büchereien Wien gelernt haben könnte.

Im Jahr 1996 hat die Wiener ÖVP von der Wiener SPÖ den Verkauf der Bank Austria-Creditanstalt (BA-CA, vormals Z/Zentralsparkassa der Gemeinde Wien) als Koalitionsbedingung gefordert. Die Wiener SPÖ hat diesem Ansinnen bereitwillig Rechnung getragen. Was danach geschah, war der Verkauf der BA-CA nach Bayern & in Folge die Übernahme des nunmehr bayerischen Bankenkonsortiums durch die Mailänder Unicredit, die das ganze Konsortium seit dem Sommer 2006 kontrolliert.

Die Rechnung für diesen kühnen kapitalistischen Deal müssen die Konteninhaberinnen & -inhaber der BA-CA, zu denen Dank sanften Drucks in der Vergangenheit noch immer tausende Wiener Gemeindebedienstete gehören, bezahlen. Bezahlen müssen allerdings

auch 700 Beschäftigte des ehemals österreichischen Bankinstituts BA-CA: Mindestens 700 von ihnen sollen mittels „Golden Handshake“ in die Frühpension (Frauen ab 47, Männer ab 52 Lebensjahren) geschickt werden. Im Gegenzug sollen 200 neue junge Mitarbeiterinnen & Mitarbeiter mit „freien“ Dienstverträgen & somit mit allergrößter Wahrscheinlichkeit zu Schandlöhnen aufgenommen werden.

Vorbild Büchereien Wien ?

Hat BA-CA-Vorstand Erich Hampel den Verantwortlichen der Büchereien Wien über die Schulter geschaut & sich dabei das eine oder andere abgeschaut? Bei den Büchereien Wien werden nämlich seit der Eröffnung der neuen Hauptbücherei am Gürtel zusehends ausgebildete erfahrene Fachkräfte, die in Pension (nicht in die Frühpension)

gehen, durch Hilfskräfte mit beschränkter Stundenzahl ersetzt. Die Gemeinde Wien erspart sich damit erkleckliche Summen Geldes (durch freie Dienstverträge, Ersparnisse bei Zulagen, z.B. den EDV-Zulagen etc.). Dass damit die Qualität der Dienstleistungen sinkt & von der Kundschaft der Büchereien auch immer häufiger beklagt wird, lässt die leitenden Persönlichkeiten bei den Büchereien kalt: sie ignorieren diesen Zustand, bestreiten ihn & nehmen ihn ungerührt in Kauf. Ja warum sollten die Büchereien auch bei der allgemeinen Verschlechterung der öffentlichen Infrastruktur (Gemeinde im Allgemeinen, Post, ÖBB etc.) hintanstehen.

Die Gehälter der leitenden Persönlichkeiten werden durch diese Verschlechterungen ja ohnehin nicht angetastet.

rudi hieblinger

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum



Verpflichtendes Vorschuljahr



Im Zuge der Regierungsbildung tauchte des Öfteren der Vorschlag von einem verpflichtenden Vorschuljahr auf. Dieser Vorschlag wurde letzten Endes doch wieder in die Schublade verfrachtet, aus der er herausgeholt worden war.

Jede Kindergartenpädagogin/Kindergartenpädagoge wird mir sicher zustimmen, wenn ich schreibe, dass Vorschulerziehung nicht erst im letzten Jahr vor der Schule anfängt. Schon in der Krippe wird mit der Vorschulerziehung angefangen.

Sicher, gewisse Dinge kann das Kind auch im letztem Jahr vor dem Schuleintritt erlernen/erwerben, aber der Grundstock für die Erlangung der Schulreife wird schon wesentlich früher gelegt.

Nun gab es, das ist zwar schon Jahrzehnte her, schon einmal Vorschulklassen, die den Kindern den Übertritt in die Schule erleichtern sollten. Diese Klassen wurden aber nicht weitergeführt. Die Vorschulklassen versanken in der Vergessenheit.

In einem Jahr kann zwar viel passieren, aber was nützt das beste verpflichtende Vorschuljahr, wenn die Eltern, die Erziehungsberechtigten nicht Willens sind mitzuarbeiten.

Die ganze Diskussion um dieses verpflichtende Vorschuljahr zeigt uns nur, dass wir sehr gute und sehr wichtige Arbeit leisten.

Ganz ehrlich, wie oft haben wir uns schon darüber beklagt, wie wenig unsere Vorschularbeit gesellschaftlich anerkannt ist? Wir geben vielen Kinder das notwendige Wissen, die Fähigkeiten und Fertigkeiten mit auf den Weg, sodass sie fit für die Schule und das Leben sind.

Was wir allerdings brauchen ist mehr Unterstützung von „Oben“, wenn wir Eltern und Erziehungsberechtigte in ihre Pflicht rufen und diese auch einfordern.

Wir könnten noch wesentlich mehr in der Vorschulerziehung bewirken, wenn wir, obwohl Dienstleistungsbetrieb, unsere berechtigten Wünsche und Forderungen an die Eltern/Erziehungsberechtigten auch einfordern könnten.

Im Zuge der Diskussion um dieses verpflichtende Vorschuljahr bestand die Chance, unsere Tätigkeit und den Kindergärten im allgemeinen, eine gesellschaftliche Anerkennung zukommen zu lassen. Leider wurde diese Chance nicht genutzt.

Ein einziges Mal wurde in einer Zeitung unsere Vorschulerziehung gelobt.

Aber sonst ward nur Stille zu vernehmen.

Anna Treu

KTH-Pädagogin

Impressum:

Redaktion und Mitarbeiter: Gerhard Haupt, Roman Böhm-Raffay, Doris Grössinger, Ulrike Uhlík-Fettingner, Anna Treu
Johanna Kozak, Manuela Klein, Rudi Hieblinger

Fotos: GLB-Archiv; Herausgeber und Verleger: Fraktion GLB-Gemeindebedienstete
Grafik, Satz u. Layout: Doris Grössinger, Angelika Badin; Druck: Druckerei Seitz, Wien 3.,

Redaktionsadresse: GLB-Gemeindebedienstete, Redaktion "Gemeindeforum", Wien 17., Elterleiplatz 6

Mail: glb-gemeinde@inmode.at, Internetadresse: glb-gemeinde.at, Tel: 01/407 69 36

Bestellungen: Schriftlich an den GLB-Gemeindebedienstete. Für unverlangt eingegangene Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des GLB übereinstimmen.

Das Redaktions- und Graphikteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG BLZ: 14000Kontonummer: 01710003595

Leserbriefe sind willkommen!



Steuerfreie ZUKUNFTSSICHERUNG für Gemeinde - / Bundes bedienstete

Nutzen Sie den
§ 3/1/15a
Einkommenssteuergesetz

Ihr(e) Ansprechpartner(in):

Allfinanzcenter der UNIQA Versicherungen AG
Andrie & Meidl OEG
Walter Meidl
1150 Wien, Mariahilferstr. 167/9
Tel.: (01) 897 13 13-16, Fax: (01) 897 13 13-33
Mobil: 0676 869 777 59
walter.meidl@allfinanzcenter.at

STEUERFREIE PENSIONSVERSORGE!

Die Entwicklung des Sozialsystems erfordert vor allem im Bereich der Pensionsvorsorge zunehmend Verantwortung und damit auch **Eigenvorsorge**.

Im Rahmen der steuerfreien Zukunftsicherung gemäß § 3/1/15a EStG fördert der Staat Ihre private Eigenvorsorge.

Ihr Vorteil:

Sie können bis zu EUR 300,- pro Jahr bzw. EUR 25,- monatlich lohnnebenkostenfrei in Ihre private Pensionsvorsorge investieren.

Die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen für die Einführung eines Bezugsumwandlungsmodells sind von Ihrem Arbeitgeber geschaffen worden.

Damit haben Sie ab sofort als Dienstnehmer die Möglichkeit unbürokratisch in den Genuss eines Lohnsteuervorteils zu kommen.

Neben dem Steuervorteil gelangen Sie als Dienstnehmer zu außerordentlich guten Konditionen für Ihre Pensionsvorsorge.

Überzeugen Sie sich selbst und nutzen Sie diese einmalige Möglichkeit.

Das Modell funktioniert auf Basis einer Bezugsumwandlung.

Sie vereinbaren mittels eines vorgefertigten Formulars mit Ihrem Dienstgeber, dass dieser monatlich EUR 25,- für Ihre private Pensionsvorsorge aufwendet und diesen Betrag monatlich an die UNIQA überweist.

Nachdem dieser Betrag von der Lohnsteuer befreit ist, wird er in voller Höhe für Ihren Pensionsvorsorgevertrag bei UNIQA wirksam.

Normalerweise bezahlen Sie für ein monatliches Bruttogehalt von EUR 25,- je nach Höhe Ihrer Progressionsstufe bis zu 50% Lohnsteuer, sodass Ihnen ein entsprechend vermindertes Nettogehalt bleibt. Mit diesem Modell wandeln Sie EUR 25,- brutto für netto zweckgebunden um.

Was kostet Ihnen, je nach Progression diese Lohnumwandlung netto?

UMWANDLUNG von EUR 25,- bei	23%	33,5%	50%
Nettoaufwand	€ 19,25	€ 16,62	€ 12,50
Ihr Gewinn	€ 5,75	€ 8,38	€ 12,50

pro Monat aus der Steuersparnis.
(Sozialversicherungsbeiträge noch nicht berücksichtigt)

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum

Wahl gewonnen – Koalitionsverhandlungen verloren

Fairness für Österreich?

Wir bedauern ihnen mitteilen zu müssen, dass ihre Dienste als Staatsbürger nicht mehr gebraucht werden!

Du zählst nichts – bis auf das, dass du pünktlich deine Steuern zahlen sollst. Das ist hart, aber noch härter ist es, wenn man feststellt, dass das, was man immer tun soll – nämlich wählen gehen – auch nichts zählt!

Da geht man wählen, um langersehnte Veränderungen herbeizuführen und was passiert? So gut wie nichts – alle Wahlversprechen von Gusenbauer stellten sich als Seifenblasen heraus, die beim leisesten Husterer von Wolfgang Schüssel zerplatzten.

Die 2. Republik erlebt einen Höhepunkt von politischer Unfähigkeit, wie es schlimmer nicht sein hätte können. In Wirklichkeit hat Gusenbauer nichts anderes getan als vor ihm Wolfgang Schüssel, - um endlich Kanzler zu werden, hat er mehrheitlich seine Wahlversprechen gebrochen und somit seine Partei verkauft.

Was wurde jetzt aus Gusenbauers Wahlslogan: Fairness für Österreich?

Die stimmenstärkste Partei (SPÖ) verzichtete de facto für den Kanzlerbonus auf das Finanzministerium, das Innenministerium und das Außenministerium – einfach großartig, wie die SPÖ im Liegen auch noch umgefallen ist.

Was hilft der Kanzlerbonus, wenn alle wichtigen Ministerien bei der ÖVP sind und Gusenbauer nichts wirklich umsetzen kann!

Besondern Erklärungsbedarf hat der neue Kanzler bei den Studiengebühren. Die angekündigte Sozialarbeit, mit der sich Studenten quasi von den Studiengebühren frei kaufen können, ist nicht akzeptabel. Viele Studenten schlagen sich jetzt schon mit 2 und mehr Jobs neben dem

Studium herum, welches dann natürlich mehr oder weniger auf der Strecke bleibt, dafür werden die Studenten dann als „Bummelstudenten“ bezeichnet und auch noch bestraft. Ganz besonders schlimm wären allein erziehende Studierende betroffen, Jobs, Kinder und Studium unter einen Hut zu bringen.

Die Abschaffung der Studiengebühren waren eines der zentralen Wahlkampfthemen der SPÖ, ihre Abschaffung im Falle einer Regierungsbeteiligung galt als sicher!

Es ist kein Wunder, wenn es immer mehr Menschen egal ist, von welcher Partei sie über den Tisch gezogen werden und somit überhaupt nicht mehr wählen gehen.

Aber jetzt steht ja die Lösung ins Haus; Wahlrecht ab 16 Jahren! Vielleicht stehen in 10 Jahren dann auch schon Wahlurnen in den Kindergärten und Volksschulen?

Auf jeden Fall weiß man jetzt, was Gusenbauer unter Fairness versteht!

Erhöhung der Mineralölsteuer, Erhöhung der Rezeptgebühren, Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, Lehrlingen wird der Kündigungsschutz aufgeweicht, Arbeitsrecht wird weiter ausgehöhlt, indem die tägl. Höchstarbeitszeit auf 12 Stunden erhöht wird- wöchentlich auf 60 Std. und die Eurofighter werden auch geliefert.

Fazit: Gusenbauer ist Kanzler, dafür hat er seine Wähler verkauft und allen gezeigt, dass Wahlversprechen nichts wert sind.
Doris Grössinger



Kein Herz für ältere Dienstnehmer?



Dienstnehmer werden immer älter – auch beim Magistrat Wien.

Durch die Pensionsreform dürfen auch wir Magistratsbedienstete immer länger arbeiten. Nun könnte man einwenden, dass dies ja durchaus etwas Positives darstellt, beklagen wir doch in der Privatwirtschaft den Umstand, dass ältere Dienstnehmer immer mehr aus der Arbeitswelt verdrängt werden und es somit den wenigsten gelingt, aus

einem Arbeitsverhältnis direkt in die wohlverdiente Pension zu wechseln.

Das ist an sich richtig – nur: Wer erfreut sich auch in höheren Lebensjahren noch einer stabilen Gesundheit? Denn nur die Gesunden unter uns schaffen es, beim (sozialen) Magistrat alt zu werden. Auch in unserem „geschützten“ Bereich ist man inzwischen dazu übergegangen, Bedienstete aufgrund von zu vielen Krankenstandstagen zu kündigen.

Diese Tendenz ist sehr bedenklich, haben wir es beim Magistrat doch mit etlichen Berufsgruppen zu tun, deren Tätigkeit nicht gerade als schonend für Geist und Körper zu bezeichnen ist.

Einige Beispiele davon wären:

MA 11 – Kindergartenpädagoginnen, Horterzieherinnen

MA 30 – Kanal

MA 48 – jahrelanges Arbeiten im Freien bei Wind und Wetter, dazu körperlich anstrengende Tätigkeiten, wie Müllabfuhr, Straßenreinigung, etc.

KAV – die vielzitierte Krankenschwester, der Op-Gehilfen, und natürlich auch das ärztliche Personal (Wechsel- und Schichtdienst)

Wiener Linien – StraßenbahnfahrerInnen und BuslenkerInnen

MA 67 – AußendienstmitarbeiterInnen bei KPZ und PÜG, welche ihre tägliche Arbeit überwiegend auf der Straße verbringen.

Diese Auflistung ist keinesfalls vollständig, zeigt aber einen durchaus anschaulichen Querschnitt.

Alle diese Dienstnehmer sind durch den Charakter ihrer Tätigkeiten geradezu dazu prädestiniert, VOR Erreichen ihres Regel-Pensionsalters schon ausgebrannt, krank oder einfach „fertig“ zu sein.

Man stelle sich etwa eine 63jährige Horterzieherin vor, die es mit einer Horde pubertierender 12jähriger zu tun hat, oder einen Op-Gehilfen, der mit 61 noch immer täglich Patienten vom Bett A auf Bett B, etc., hieven muss; Müllaufleger, die mit 59 mit schweren Mülltonnen hantieren müssen.....

Was aber macht die Stadt Wien mit ihren älteren Dienstnehmern, die nicht mehr fähig sind, bei ihren angestammten Tätigkeiten innerhalb ihrer Abteilungen ihre Leistung zu erbringen? Gibt es vielleicht irgendein Konzept, diese altgedienten Mitarbeiter irgendwie doch noch im Arbeitsprozess, nur halt auf einem ihrer körperlichen Möglichkeiten entsprechenden Arbeitsplatz, zu halten?

Mitnichten! Auch die Stadt Wien ist dazu übergegangen, sich ihrer älteren und kranken Dienstnehmer zu entledigen.

Der Weg dazu ist immer der gleiche:

Ältere Dienstnehmer, die sich öfters oder für längere Zeit im Krankenstand befinden, werden mittels Ermahnungen und in weiterer Folge Herabsetzung ihrer Dienstbeurteilung aufgrund von zu vielen Krankenstandstagen sanktioniert – bis zur endgültigen Kündigung.

Die Ermahnung erfolgt in klassischer Weise als NIEDERSCHRIFT – in diesen NS werden die Leute unter Androhung von „dienstrechtlichen Konsequenzen“ dazu aufgefordert, ihre Krankenstände zu reduzieren.

Dazu ist folgendes anzumerken:

Es ist nicht nur moralisch verwerflich, einem sowieso durch Krankheit angegriffenen Dienstnehmer zusätzlich noch mit der massiven dienstrechtlichen Keule zu drohen, es ist meines Erachtens nach zusätzlich eine Ungeheuerlichkeit, jemandem de facto zu unterstellen, er könne seine Krankenstände bewusst steuern – nichts anderes besagen nämlich Niederschriften.

Abgesehen davon, unterstellt man hier auch dem krankschreibenden Arzt Betrug, nämlich dass er ungerechtfertigte Krankmeldungen ausstellt.

Bemüht sich nun ein älterer Dienstnehmer selbst, einen besser zu seiner gesundheitlichen Disposition passenden Dienstposten zu finden, kommt schon der nächste Niederschlag: Die MA 2 überstellt nicht mit zu vielen Krankenstandstagen....

Was in der Praxis völlig widersinnig ist:

Ein Dienstnehmer ist vermehrt krank, weil auf einem nicht (mehr) passenden Posten eingesetzt, den er aus bestimmten krankheitsbedingten Gründen nicht mehr optimal ausfüllen kann. Er sucht sich nun einen anderen Arbeitsplatz, auf dem zu erwarten wäre, dass sich seine Krankenstände deutlich reduzieren.

Aber – er wird aus demselben Grund, der ihn dazu zwingt, einen anderen Arbeitsplatz überhaupt zu suchen, nicht überstellt und ist dadurch gezwungen, weiterhin auf seinem inadäquaten Arbeitsplatz zu verbleiben.

Die Folge daraus sind weitere vermehrte Krankenstandstage – und das Karussell Niederschriften/herabgesetzte Beurteilungen/Niederschriften....dreht sich munter weiter im Kreis. Volkswirtschaftlich betrachtet, ist eine solche Vorgangsweise völlig unverständlich.

So kann es also nicht weitergehen – es müsste schön langsam auch bis zur Dienstgeberseite durchdringen, dass man Mitarbeiter nicht durch ständige Demotivierung und Sanktionen „diszipliniert“ – abgesehen davon, dass es sowieso mehr als fragwürdig ist, jemand Kranken dafür auch noch zu bestrafen, dass er nicht gesund ist. Und das Älterwerden bringt es nebst vielen anderen Dingen nun einmal mit sich, dass auch die Wehwehchen sich mehren.

Ein Umdenken ist hier schleunigst gefordert, immerhin werden die älteren Dienstnehmer immer mehr – und es kann nicht sein, dass die soziale Gemeinde Wien sich immer mehr jahrelanger treuer Mitarbeiter auf derart „elegante“ Weise einfach entledigt, nach dem Motto: Problem gelöst – oder??

meint Eure

Ulrike Uhlik-Fetting - MA67



Das lange Sterben der SPÖ

Was in Wien unter dem schützenden Medienmantel des allgegenwärtigen Michael Häupl schon seit mehr als zehn Jahren vor sich geht, hat nun auf Bundesebene mit Pauken und Trompeten einen erbärmlichen Abschluß gefunden. Das Siechtum der SPÖ, die de facto seit dem Ende der Ära Kreisky im Wachkoma lag, ist zu Ende.

99 Tage nach der Nationalratswahl hat Neo-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer ein Koalitionsabkommen vorgelegt, das bei nüchterner Betrachtung nur als Fusion der SPÖ mit der ÖVP bezeichnet werden kann, wobei die ÖVP die dominierende Rolle spielt.

Auf eine offizielle Zusammenführung der beiden Parteien zur Österreichischen Einheitspartei wurde offensichtlich nur aus Pietätsgründen verzichtet.

Viele mögen sich darüber echauffieren, daß Gusenbauer ausnahmslos alle Wahlversprechen, die zu seinem Sieg bei den Nationalratswahlen geführt haben, gebrochen hat. Viele mögen darob verzweifeln, daß die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler, der neoliberalen Politik der ÖVP-BZÖ-Regierung eine Absage zu erteilen, brutal mißachtet wird.

Doch die wichtigsten Erkenntnisse aus diesem Koalitionsabkommen lauten:

- 1.) Österreich ist nur pro forma eine Demokratie. Der Artikel 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes ist nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben steht, und
- 2.) mit diesem Koalitionsabkommen hat sich die SPÖ nun endgültig von den Intentionen ihrer Gründerväter- und Mütter genauso verabschiedet, wie von den politischen Idealen eines Bruno Kreisky. Sie hat damit nun endgültig ihre Existenzberechtigung verloren.

So bleibt uns Hinterbliebenen nurmehr eine traurige Pflicht:

In tiefer Trauer geben wir bekannt,
daß die Sozialdemokratische Partei Österreichs,
gegründet unter Viktor Adler am 30.12.1888
nach langem schwerem Leiden
am 8.1.2007 unter Alfred Gusenbauer
von uns gegangen ist.

Der Termin der feierlichen Beisetzung wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben.

Wir ersuchen, von Kranzspenden Abstand zu nehmen und
die dafür vorgesehenen Beträge an Licht uns Dunkel zu überweisen.

Die aufrechten Sozialdemokraten Österreichs

Unfallversicherung mit GLB - Rabatt

Gilt auch für Familie der Verwandtschaft, Lebensgefährten, usw..

Prämien für Männer 10 € und Frauen 7 €



Dauernde Invalidität 80.000,00 (Leistung ab jedem Invaliditätsgrad von Versicherungssumme)
Dauernde Invalidität Progression 300 % - Ihre maximale Absicherung beträgt 240.000,00
Unfallkosten 2.000,00

- garantierte Sofortleistung ab dem 11. Tag Spitalsaufenthalt von EUR 1.500,00
 - Kosmetische Operationen bis EUR 10.000,00
 - Pflegekosten im Rahmen der Unfallkosten
 - Spitalsbegleitkosten für Kinder im Rahmen der Unfallkosten
- Unfälle infolge von Herzinfarkt und Schlaganfall gelten mitversichert.
 - volle Leistung bei FSME und Lyme-Borreliose nach Zeckenbiss
- Mitversicherung von Zerrungen/Zerreißen von Muskeln, Sehnen, Bändern und Kapseln
 - volle Leistung bei Kinderlähmung, Wundstarrkrampf und Tollwut

Zusätzlich zu diesem Grundpaket könnt ihr ganz nach euren Bedürfnissen zusätzliche Leistungen dazunehmen, diese sind in der Beilage aufgelistet.

z.B. Knochenbruch für € 2,10 Männer, Frauen 1,37 €, Spitalgeld 10 € kosten zusätzlich 0,60 €/0,39 €, die Gesamtprämie wäre in diesen Fall für Männer 10.60 € und für Frauen 7.39 €!

Frauen

Taggeld ab dem 8.Tag pro 10 €... 2,34 € Spitalgeld pro 10 €... 0,39 €
Knochenbruch (Fixsumme) 500,00 € 1,37

Männer

Taggeld ab dem 8.Tag pro 10 €... 3,59 Spitalgeld pro 10 €... 0,60 €
Knochenbruch (Fixsumme) 500,00 € 2,10

Somit könnt ihr eure Unfallversicherung ganz nach euren Bedürfnissen individuell zusammenstellen, selbstverständlich auch in der Höhe der Versicherungsleistung, ihr müsst nur die jeweilige Prämie mal 2, mal 3 usw. berechnen.

Solltet ihr bereits eine teure Unfallversicherung haben, oder benötigt ihr einen Kindertarif (dieser ist wesentlich günstiger) bitte wendet euch direkt an Herrn Meidl 0676 / 86 97 77 50.

G e m e i n d e - F o r u m - G e m e i n d e - F o r u m - G e m e i n d e - F o r u m - G e m e i n d e - F o r u m - G e m e i n d e - F o r u m

KFZ – Versicherung mit GLB – Rabatt

Günstiger geht's nimmer!

Für alle Wiener Linienbediensteten und deren Angehörige, konnte der GLB die günstigste KFZ – Versicherung aushandeln!

Z.B.: Männlich, 35 Jahre, VW Golf, Bj. 2000, 85 KW, Versicherungssumme 15 MIO.

Jahresprämie: **Stufe 0...364,97 € Stufe 4...438,58 € Stufe 6...500,80 €**
Stufe 8...626,45 € Stufe 9...626,45 €

Vergleichen macht sich bezahlt, sende deine Daten einfach ein und du bekommst die derzeit günstigste Versicherungsvariante!

Notwendige Daten: Geschlecht, Alter, Bonusstufe, Fahrzeug Art/Type/KW und bei Kasko Preis des PKW.

Frau Bettina Schwarz

Tel. 01/897 13 13 / Mobil: Herr Meidl 0676 86977750 ; FAX: 01/897 13 13 33

E-Mail: bettina.schwarz@allfinanzcenter.at

1150 Wien, Mariahilferstraße 167/9 Bürozeit MO – DO von 9.00 – 17.00



Rundum gut versorgt mit dem **| RUNDUM-SERVICE |** der VORSORGE

Die VORSORGE bietet Ihnen ein RUNDUM-SERVICE mit 18 Vorsorgeprodukten der Wiener Städtischen, die Ihren Bedarf in jeder Lebenssituation abdecken:

	Vorsorge und Pension	<input type="checkbox"/> VORSORGE KOMBI <input type="checkbox"/> VORSORGE KINDEZUSATZ <input type="checkbox"/> VORSORGE PENSION <input type="checkbox"/> VORSORGE PRÄMIENPENSION <input type="checkbox"/> VORSORGE BESTÄTTUNG <input type="checkbox"/> VORSORGE EINMÄLERLAG <input type="checkbox"/> § 3 GEHALTSUMWÄNDLUNG
	Familie und Gesundheit	<input type="checkbox"/> VORSORGE TÄGGELD <input type="checkbox"/> VORSORGE SONDERKLASSE
	Wohnen	<input type="checkbox"/> VORSORGE HAUSHALT <input type="checkbox"/> VORSORGE EIGENHEIM
	Auto und Mobilität	<input type="checkbox"/> VORSORGE KFZ-HAFTPFLICHT <input type="checkbox"/> VORSORGE KFZ-IGASIO <input type="checkbox"/> VORSORGE RECHTSSCHUTZ
	Freizeit und Reisen	<input type="checkbox"/> VORSORGE MULTI-UNFÄLLSCHUTZ <input type="checkbox"/> VORSORGE MASTERCARD mit SOS-PAKET
	Beruf	<input type="checkbox"/> VORSORGE ORGAN- UND AMTSHAFTPFLICHT <input type="checkbox"/> VORSORGE BERUFSHAFTPFLICHT und BERUFSRECHTSSCHUTZ

und Übriges würden Sie, dass ...

- ... Sie als Gewerkschaftsmitglied zu allen Vorsorge-Produkten weitere spezielle Vorteile genießen?
- ... DIE VORSORGE 1954 von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten als Verein gegründet wurde?
- ... DIE VORSORGE mittlerweile das Vertrauen von mehr als 1.20.000 Mitgliedern genießt?

Ihr VORSORGE Betreuer informiert Sie gerne.

 Gewerkschaft
der Gemeinde-
bediensteten

WIENER
STÄDTISCHE

www.vorsorge-gdg.at
Vorsorge
der Wienerischen Gemeindebediensteten

Harald Schober: 0664/302 67 13 oder 050 350 90/22389

GLB

*P.b.b. Verlagspostamt Wien 1170
ZVR-Zahl: 142746142
Zulassungsnummer: 03Z035399*